

M i l l b a d e r Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Bezugspreis monatlich 1.76 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Mikrofoto Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Postkonto: Enztalbote, Wildbad. — Postfach: 2174. — Postbehalter: Gewerbetreibend. — Postfach: 2174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile ober breiten Raum im Beleg Grundpreis 15 Pf., anseits 20 Pf. — Restansätze 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Oberen und bei Anzeigenstellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr abends. — In Kontraktfällen aber wenn gerichtliche Verurteilung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck-Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 151. Telefon 179. — Wohnung: Hainstraße 287.

Nummer 33

Februar 1927

Donnerstag den 10. Februar 1927

Februar 179

62. Jahrgang

Die Politik der gepanzerten Faust in China

Gefahr der Bolschewisierung Chinas durch — England

Die englische Presse hat es uns übel genommen, daß wir mit unserer Neigung eher auf Seiten Chinas als auf Seiten Englands stehen. Die englische Auffassung wäre berechtigt, wenn die deutsche Stellungnahme rein gefühlsmäßig bestimmt wäre. Niemand kann von uns erwarten, daß wir, nach den Erfahrungen des Kriegs und mehr noch nach den Erfahrungen der Kriegsjahre nach dem Krieg, irgendwelche Vorliebe für England empfinden. Dennoch wäre es, zumal in unserer Lage, verfehlt, unsere Einstellung zu politischen Fragen von Gefühlen der Neigung oder Abneigung bestimmen zu lassen.

Aber auch, wenn wir alles Gefühlsmäßige aus unserer Beurteilung ausschneiden: fordert denn nicht die rein verstandesmäßige Erwägung, daß wir den Chinesen bei ihrem Kampf um das Recht der Selbstbestimmung, um das Recht, Herr im eigenen Hause zu sein, vollen Erfolg wünschen müssen, und daß wir unmöglich wünschen können, die Politik der gepanzerten Faust, die England gegenüber China betreibt, möchte sich durchsetzen? Es ist dieselbe Politik, die Frankreich uns gegenüber betrieben hat, und wir haben noch nicht vergessen, daß der englische Premierminister Bonar Law seinem französischen Kollegen Poincaré dazu „viel Glück“ gewünscht hat. Mit welchen Hintergedanken, mögen Engländer und Franzosen miteinander ausmachen. Jedenfalls, die Politik der gepanzerten Faust, des bewaffneten Einbruchs in ein wehrloses Land, ging damals auf unsere Kosten. Unser ganzes außenpolitisches Streben ist seitdem darauf gerichtet, eine Wiederholung dieser Politik uns gegenüber unmöglich zu machen, und wir haben dem Ziel, das uns vorsteht, fürwahr schwere, zu schwere Opfer gebracht. All diese Opfer wären aber doch umsonst, wenn wir der gleichen Politik, sobald sie England gegen China anwendet, von uns aus „viel Glück“ und guten Erfolg wünschen wollten. Wir würden damit den Rechtsgrund preisgeben, worauf der Widerstand fußt gegen die Politik nackter Gewalt, die jahrelang von Frankreich und England uns gegenüber getrieben worden ist und vielfach noch getrieben wird.

Sehen wir uns dabei von Gefühlen der Rachsucht oder der Schadenfreude leiten, so mühten wir wünschen, daß die englische Flotte Gelegenheit bekäme, vor Schanghai die Vorboeren zu suchen, die zu erwerben ihr vor dem Stagerat verfaßt blieb. Denn nichts könnte den Haß Chinas gegen England so vertiefen und verschärfen, wie eine kriegerische Unternehmung, wozu England sich im Lauf seiner Mobilmachung fortziehen ließe. Wenig käme darauf an, ob der erste Erfolg auf Seiten der englischen Flottenmacht wäre; im Gegenteil, wer England übel wollte, der mühte ihm einen ersten Erfolg, bei der Beschießung Schanghais oder irgendwelchen anderen kriegerischen Heldentaten, wünschen. Denn dadurch würde ein Zurück für England immer unmöglich und eine Einigung zwischen ihm und Japan und Amerika immer fraglicher gemacht. Aber wir wissen auch, daß aus der englischen Spielerei mit dem chinesischen Feuer ein Brand entstehen könnte, dessen Grenzen nicht abzusehen sind, und weiß wir die Folgen solch eines Brands noch am eigenen Leib spüren, deshalb wünschen wir, daß die Vernunft die Oberhand behalten und daß dem englischen Heldenmut andere Ziele gesetzt werden möchten als die Beschießung der offenen Stadt Schanghai.

Wir wünschen es auch noch aus einem anderen Grund. Es gibt gar keinen sichereren Weg, China in die Arme Rußlands und des Bolschewismus zu treiben, als den der Truppenlandung oder der Verhandlung unter den Bedingungen schwerer Schiffsgeschütze. Es wäre geradezu eine Politik des Irrsinn, China, diesem gewaltigen Zukunftsland, gleich beim Erwachen zur Selbstständigkeit die friedliche Zusammenarbeit mit Europa gewaltsam verstoßen zu wollen. In der Februar-Nummer von „Foreign Affairs“ spricht sich auch ein Chinese, Si-Wu-han, über die englische Denkschrift aus. Nichts ist ihm darin so unangenehm aufgefallen, wie die Bemerkung über die „Solidarität der Mächte“, die England wiederherzustellen wünscht. Solch eine Einheitsfront, meint der Chinese, braucht man doch nur gegenüber jemand, den man für einen gemeinsamen Feind hält, oder den man — gemeinsam auszunutzen wünscht. Man sieht, die Chinesen haben die Behandlung, die das entwaffnete Deutschland von Seiten der Entente erfahren hat und noch erfährt, sehr aufmerksam studiert.

Käme die Einheitsfront, natürlich unter englischer Führung, wozu sich die englische Denkschrift noch so stark lebte, so wäre die Folge wahrscheinlich die, daß der allgemeine Fremdenhaß und die Neigungen für Rußland in China eine bisher ungeahnte Höhe erreichen würden. Das weiß man nirgends besser als in Japan, deshalb legt die japanische Regierung so großen Wert darauf, nicht mit in den Kreis der von England erneuerten Einheitsfront und damit in den Bereich des allgemeinen Fremdenhasses, der Nord und Süd in würde, gezogen zu werden. Aber auch die Amerikaner haben keine Lust, die Zukunft ihres Güterauslaufes mit China den englischen Heißspornen zu ließe aufs Spiel zu setzen, und so klingt es nicht ungläubig,

Tagespiegel

Den Londoner „Daily News“ zufolge soll die englische Regierung keinen Widerstand entgegenstellen, wenn die Chinafrage im Völkerbundsrat, der am 7. März zusammentritt, angeknüpft werden sollte.

Der König von Dänemark hat nach dem „Efttraktabel“ beim Staatsministerium anregt, wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage des Landes, sein und des Kronprinzen Gehalt um ein Zehntel zu kürzen. Die Bezüge des Königs betragen zurzeit 1 Million, die des Kronprinzen 48 000 Kronen.

Daß von Amerika der Vorschlag ausgegangen sein soll, die Fremdenniederlassungen in Schanghai für „neutrale Zone“ zu erklären.

Damit wären weitere Truppenlandungen unvereinbar, und mit den Streitkräften, die England auf dem Wasser schwimmen hat, könnten Hongkong und — Indien beglückt werden. Es fehlt ja ohnedies nicht an Leuten, die den Verdacht nicht unterdrücken können, der englischen Regierung sei es mehr um die Verstärkung des „Schutzes“ für Indien, als um die Verstärkung des Schutzes für die Fremdenniederlassung in Schanghai zu tun. Doch, das wäre dann schon mehr innere Angelegenheit des Britischen Reichs und brauchte nicht in dem gleichen Maße Gegenstand der Sorge auch für andere zu werden. Der Begriff einer „neutralen Zone“ indes würde nicht nur weitere Truppenlandungen ausschließen, sondern auch fordern, daß die vorhandenen Truppen zurückgezogen werden. Ob England dazu bereit wäre, bleibt abzuwarten.

Väterlich wirkt es, wenn England für jeden Mißerfolg und jeden Fehlschlag, der seine Politik in China trifft, einen Sendboten Sowjet-Rußlands im besonderen und den Bolschewismus im allgemeinen anklagen möchte. Wir wollen doch nicht vergessen: die Erscheinung des Bolschewismus ist eine Frucht englischer Politik. England, das das militärisch völlig erschöpfte Rußland im Krieg festgehalten, das es nach beginnender Revolution immer von neuem in den Krieg hineingetrieben hat, hat Rußland für den Bolschewismus reif gemacht. Wenn Deutschland nach dem Zusammenbruch sich mit letzter Kraft gegen den Bolschewismus gewehrt hat, so ist das wahrhaftig nicht das Verdienst der rohen Knock-out-Politik eines Lloyd George und des Herumtrampels auf einem wehrlosen Besiegten, das England munter mitgemacht und wozu es die Franzosen reichlich ermuntert hat. Erinnerung man sich dieser Tatsachen, so kann man nur den Wunsch haben: eine friedliche Verständigung möchte dem Streit um Schanghai ein Ende machen, bevor England Gelegenheit bekommt, der Welt auch noch die Bolschewisierung des chinesischen 400-Millionen-Volks zu bescheren.

Zweifel gegenüber der Weltwirtschaftskonferenz

Augenblicklich rüsten sich ungefähr 300 Vertreter der Völkerbundstaaten zur Weltwirtschaftskonferenz, die am 4. Mai in Genf zusammentritt wird. Die für den politischen Schauplatz berechneten Anregungen zur Konferenz sind bekanntlich von den Franzosen Jouhaux und Loucheur ausgegangen. Die Wirtschaftswissenschaft, besonders aber die deutsche, hat aber die geistige Vorbereitung gegeben. Es sei nur an die Stuttgarter Tagung der deutschen Nationalökonomien erinnert. Der bevorstehenden Genfer Konferenz gerade sieben die Wissenschaftler mit erheblichen Zweifeln gegenüber. Einmal aus dem Grund, weil auf der Konferenz gerade die wichtigsten Wirtschaftsstaaten, die Vereinigten Staaten und Rußland fehlen werden. Sodann aber trant die Genfer Konferenz, wie der bekannte Nationalökonom an der Universität Kiel, Geheimrat Harms, in einem interessanten Vortrag ausführte, an der Schwäche, daß sie eine Veranstaltung des Völkerbunds ist. Der Völkerbund wolle das Interesse, das der Konferenz entgegengebracht wird, seinem Ansehen vorspannen. Von einer Sachlichkeit seien die internationalen Zusammenkünfte, nicht einmal die technischen Konferenzen, niemals bestimmt. Die der Genfer Konferenz gestellte Aufgabe sei zurzeit noch zu gewaltig, als daß sie von ihr gelöst werden könnte; es hätten mindestens vorbereitende kleinere Konferenzen vorausgehen müssen. Auch sei der Ort Genf falsch gewählt; die Konferenz müßte in Neuenbürg tagen, um auch die Amerikaner für Europa zu interessieren. Die Weltwirtschaftskonferenz müsse auch die sozialen Zusammenhänge berücksichtigen, und Deutschland vor allem dürfe nicht aus dem Auge lassen, daß der Weltwirtschaftskonferenz eine Kriegsschädigungskonferenz folgen müsse, die sich auf deutschen Antrag mit der vernunftgemäßen Abänderung des unmöglichen Dawesplans zu befassen habe. Wenn die Genfer Konferenz nicht von Anfang an sich vorbehaltlos in eine ehrliche Verständigungspolitik einfüge, würde sie wertlos und für Deutschland eher schädlich als nützlich sein.

Gedenkt der hungernden Vögel

Neue Nachrichten

Reichstagsbewilligungen für Landwirtschaft und Ackerbaubewilligungen

Berlin, 9. Febr. Der Haushaltsausschuß des Reichstags bewilligte 500 000 Mark zur Förderung wirtschaftlicher Forschung, Ausbildung und Studienreisen. Ferner wurden bewilligt 2,5 Millionen zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung (Saatbau, Obst- und Gemüsebau, Bienenzucht, Zuckerrüben- und Tabakbau, Moorkultur). Zur Gewinnung geeigneter Mustertypen für landwirtschaftliche Ackergeräte, Arbeitsmaschinen und sonstige landwirtschaftliche Einrichtungen wurden 1 Million, für Beihilfen zur Förderung der bäuerlichen Wirtschaftsberatung und zur Einrichtung von Versuchsanlagen 2 Millionen, endlich zur Erbauung eines Versuchsfischdampfers mit Kühlanlage 600 000 Mark bewilligt. Für Kammerspeisung wurden neu 5 Millionen in den Reichshaushaltsplan eingelegt. Der Ausschuß nahm ferner folgende Entscheidung an: 1. Die Verträge des neuen Weingeheses soll beschleunigt werden; 2. angesichts der diesjährigen Mißernte an Wein in weiten Weinbaubezirken sollen Maßnahmen zur Vinderung der Not der kleinen Winzer ergriffen und zinslose Stundung der fälligen Zinsraten der Winzerkredite gewährt werden; 3. die Reichsregierung wird ersucht, erforderlichenfalls die Ausfallbürgschaft für die von der Landwirtschaft auf Kredit bezogenen Stickstoff-, Phosphorsäure- und Kaliumdüngemittel für das Jahr 1927 in gleicher Weise wie für das Jahr 1926 zu übernehmen, mit der Maßgabe, daß die Bedingungen bei der Rückbürgschaft für alle Vermittlungsstellen gleichmäßig in Anwendung zu bringen sind.

Sprengung der völkischen Fraktion

Berlin, 9. Febr. Infolge des Ausschlusses des Reichstagsabgeordneten Rube aus der Deutschvölkischen Fraktion sind, wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, nunmehr auch die Abgeordneten Graf Reventlow, Jürgen v. Ramin und Stöhr aus der völkischen Fraktion ausgeschieden. Weitere Austritte sollen folgen. Das Blatt glaubt, daß bereits morgen dem Ältestenrat Mitteilung von der Auflösung der Fraktion gemacht werde.

Der Lohnstreit in der badischen Textilindustrie

Karlsruhe, 9. Febr. In den in Berlin im Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen über den vom bad. Landesschiedsrichter für die badische Textilindustrie gefällten Schiedsspruch ist eine Einigung zwischen den Vertragsparteien nicht zustande gekommen, da die Gewerkschaften an der Durchführung des Schiedspruchs festhielten. Die Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums ist in Bälde zu erwarten.

Westschweizerische Hehe gegen Deutschland

Genf, 9. Febr. Während des Kriegs wurde bekanntlich die Kriegsstimmung des französischen Volks durch Vermittlung der westschweizerischen Blätter in Genf und Lausanne, wo die Agenten der französischen Regierung ihre Hauptquartiere hatten, wach erhalten, und es entstand damals das Bismarck: „Frankreich würde wohl Frieden schließen, aber Genf und Lausanne erlauben es nicht.“ Jetzt wird wieder in diesen westschweizerischen Blättern eine Hehe betrieben, und zwar gegen die Politik Briands. In der „Gazette de Lausanne“ wird schon von dem unvermeidlichen Abgang Briands gesprochen, der durch Tardieu (den Erzfeind Deutschlands) ersetzt werden müsse, und der eine von Briand grundverwerfene Politik gegen Deutschland betreiben würde. Die „Genfer „Suisse“ macht sich über die Laugmut der Franzosen lustig, es sei schmerzhaft zu sehen, wie wenig kriegerisch die Franzosen geworden seien, es sei nicht gut, wenn man sich heute als franzosenfreundlich zeige. Das „Journal de Genève“ erklärt, Deutschland habe keinerlei Anspruch auf die Räumung, jedenfalls müßten vorher die französischen Grenzbesetzungen ausgebaut, die entmilitarisierte deutsche Zone unter dauernder Überwachung gestellt und das polnische Gebiet gesichert sein. Die Artikel dieser Blätter werden von den französischen Zeitungen als „Meinung des Auslands“ wiedergegeben, während sie von gewissen Kreisen in Paris eingegeben sind.

Englische Ausreden

London, 9. Febr. Im Oberhaus fragte Lord Beauchamp (Liberal), ob die Räumung der besetzten deutschen Gebiete nicht beschleunigt werden könne und wäre es auch nur, um mehr Geld aus den Daweszahlungen zu bekommen. Staatssekretär Lord Salisbury antwortete, soweit das geltende Recht in Betracht komme, bestehe kein Anspruch auf vollkommene Räumung, ehe alle Bedingungen des Versailler Vertrags erfüllt seien. Es sei jedoch zuzugeben, daß eine Beschleunigung erwünscht wäre. Es sei jedoch eine schwierige Angelegenheit, die die Mitarbeiter Deutschlands, bei den Verhandlungen und bei den Verhältnissen erfordern und die nicht überflüssig werden dürfe. Der gute Wille Eng-

lands stehe jetzt schon fest. (Was alles noch „erfüllt“ werden soll, nachdem die sogenannten „Kernpunkte“ als ein weit über den Versailles Vertrag hinausgehendes weiteres Opfer Deutschlands bereinigt worden sind, das beifolgt der englische Lord als sein Geheimnis bei sich.)

Der Aufstand in Portugal

Lissabon, 9. Febr. Der Aufstand in Portugal hat sich auf Lissabon ausgedehnt, wo heftig gekämpft wird. Die Aufständischen, zu denen die Flotte und mehrere Regimenter gehören, haben die Minister des Innern und des Auswärtigen gefangen genommen. Das Kriegsministerium ist von Lissabon nach Aveiro, 4 Kilometer südlich von Oporto, am Meer gelegen, verlegt worden. General Souza, der Führer der ausländischen Truppen, hat den Oberbefehlshaber der Regierungstruppen aufgefordert, bei der Errichtung eines national-republikanischen Kabinetts und bei der Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände im Land mitzuwirken. Das Ersuchen ist zurückgewiesen worden.

Nach einer neueren Meldung ist Oporto von den Regierungstruppen besetzt worden. Der Aufstand soll daran gescheitert sein, daß die Bevölkerung nicht mifft und viele Truppen, auf deren Mitwirkung gerechnet worden war, die Beteiligung ablehnten.

Die englische Regierung hat von Gibraltar einen Kreuzer nach Lissabon und zwei Torpedobootzerstörer nach Oporto geschickt, um die britischen Interessen zu schützen.

Großbritannien und China

Peking, 9. Febr. Nach Reuters soll die Regierung in Peking die letzten Vorschläge Großbritanniens erörtert und beschlossen haben, nicht darauf zu antworten, bis die britische Regierung eine Antwort auf die kürzliche Protestnote der Peking-Regierung gegen die Entsendung von Truppen nach Schanghai gegeben habe.

Einigungsabsichten der beiden chinesischen Parteien

Schanghai, 9. Febr. Nachrichten aus japanischer Quelle in Peking besagen, daß sich dort ein Ausschuß gebildet habe, der u. a. über Mittel und Wege beraten soll, durch die mit der nationalistischen Regierung ein Friedensschluß herbeigeführt werden könnte.

Eine amerikanische Stimme zur Kriegsschuldfrage

Chicago, 9. Febr. Der Herausgeber der weitverbreiteten Zeitschrift „Christian Century“ erklärte in einer Rede in der Syracuse-Universität zur Kriegsschuldfrage: Das Gerücht von einer Kriegsschuld Deutschlands ist eine Fabel. Unmännlich sehen die Völker der Welt fast ausnahmslos ein, daß alle an dem Krieg beteiligten Nationen ungefähr im gleichen Maß schuldig sind.

Deutscher Reichstag

Berlin, 9. Februar

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-Sitzung steht zunächst die dritte Beratung der Anträge des Zentrums und der Deutschnationalen, die sich gegen die Aufhebung der privaten Vorstrafen richten. In der Aussprache wenden sich Abs. Dr. Löwenstein (Soz.) und Dr. Rosenbaum (Komm.) gegen die Ausschussfassung der Anträge. Der Antrag der Regierungsparteien auf reichsgerichtliche Regelung der Entschädigungsfrage wird gegen Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen. Bei der Schlussabstimmung läßt der Präsident durch Auszählung feststellen, ob die qualifizierte Mehrheit erreicht wird. Der Ausschussantrag wird mit 207 gegen 130 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen. Die für Verfassungsänderungen erforderliche Zweidrittelmehrheit ist also nicht erreicht, und das Gesetz wäre nicht angenommen, wenn durch richterliche Entscheidung sein verfassungsändernder Charakter festgestellt würde.

Das Haus wendet sich dann der zweiten Beratung der Anträge zu, die sich gegen die Erhöhung der Biersteuer und gegen die Aufrechterhaltung der Tabaksteuer richten. Der Ausschuss beantragt, die Biersteuererhöhung erst am 1. April 1927 in Kraft treten zu lassen.

Nachdem Staatssekretär Dr. Popitz erklärt hat, die Biersteuererhöhung könne nicht wieder aufgehoben werden und die Anträge auf Biersteuererhöhung müßten angesichts der Finanzlage ein frommer Wunsch bleiben, da sie Ausfälle von über 100 Millionen brächten, wird der Ausschussantrag gegen die Kommunisten und die Wirtschaftliche Vereinigung abgelehnt.

Die Spinne.

Roman von Ewen Elvestad.

Berechtigte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Julia Koppel.

Copyright by Grein & Comp., Berlin W 30.

(Nachdruck verboten.)

Schluf.

„Schließlich gingen der Arzt und die Schwester, und das junge Mädchen und der Bruder blieben zurück. Der Bruder wohnte in diesem Zimmer, während das junge Mädchen nebenan lag. Am nächsten Morgen bekam sie wieder einen Anfall.“

„Wie äußerten sich diese Anfälle?“

„Sie wurde ganz wild und wollte aus dem Fenster springen. Sie behauptete, daß sie von Mördern umgeben sei. Draußen in der Villa liege ein ermordeter Mann, sagte sie, und als sie meiner ansichtig wurde, rief sie: „Gehören Sie auch mit zur Mordbande?“ Da sagte der Bruder mich hinaus. „Meine Schwester darf keine Fremden sehen,“ sagte er, „sonst wird sie noch erregter.“ Ich hörte sie oftmals nach ihrem Verlobten rufen, dem sie vorwarf, daß er sie verlassen habe. Wenn ihre Anfälle am schlimmsten waren, hielt ihr Bruder ihr einen Schwamm unter die Nase, und dann wurde sie gleich ruhiger.“

„Das heißt, sie wurde bewußtlos.“

„Ich weiß nicht. Jedenfalls konnte ich ihre Schreie nicht mehr hören. Der Arzt kam hin und wieder, um nach ihr zu sehen. Die Schwester aber zeigte sich nicht wieder. In den letzten Tagen war mehrfach davon die Rede, daß sie in eine Anstalt überführt werden sollte.“

Die Frau erzählte noch mehrere Einzelheiten von dem Aufenthalt der Geisteskranken, und Absjörn Krag bekam eine lebhaftere Vorstellung davon, wie schlau und kaltblütig die Bande zu Werke gegangen war. Hätten sie Zeit gehabt, Ada nach dem Zwischenfall auf dem Gute des Kammer-

Es folgt die zweite Beratung der Anträge der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung auf weiteren Abbau der Wohnungszwangswirtschaft. Die Wirtschaftliche Vereinigung hat einen Antrag eingebracht, in dem u. a. verlangt wird, daß alle größeren Wohnungen über eine bestimmte Zimmerzahl oder einen bestimmten Mietpreis hinaus bei Freiwerden aus der Zwangswirtschaft herausgenommen werden. Nach längerer Aussprache wird der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt und auch die Ablehnung anderer Abänderungsanträge beschlossen. — Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr.

Württemberg

Stuttgart, 9. Februar.

Jubiläumstagung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Am 5. und 6. März findet hier der 25. Gantag des Gauess Schwaben im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband statt. Der Gau gibt eine Festschrift heraus. Vorgelesen ist neben internen Veranstaltungen am Sonntag, den 6. März, vormittag, eine öffentliche Kundgebung, in der Gauvorsitzer Behring einen Abriß der bisher geleisteten und der für die Zukunft vorgeesehenen Berufstätigkeit geben wird.

Württembergische Weinbaufragen. Der Ausschuss des Württ. Weinbauvereins hat zu der von den Pfälzischen Weinbauverbänden erhobenen Forderung auf Schaffung eines Reichs-Oberweingehilfen-Stellung genommen und beschlossen, in einer an die Zentralstelle für die Landwirtschaft zu richtenden Äußerung zum Ausdruck zu bringen, daß eine Kontrolle mit Buchführungszwang bei den Betrieben, die gewerbmäßig Obstwein in Verkehr bringen, genügen dürfte, um den ohne Zweifel bestehenden Mißständen abzuhelfen. Ferner hat der Ausschuss zu Eingaben der Weingärtner von Grunbach im Remstal und einer Reihe von Abtraufgemeinden wegen der Außerkräftigung des Hybridenanbauverbots mit allen gegen eine Stimme sich dahin ausgesprochen, daß an der Durchführung des Hybridenanbauverbots ganz allgemein mit allem Nachdruck aus den schon wiederholt erörterten Gründen festgehalten werden soll. Zur Frage der Versicherung gegen Frostschäden in Weinbergen hat sich der Ausschuss dahin ausgesprochen, daß für Württemberg die Schaffung einer staatlichen Frostschadenversicherungsanstalt außerhalb des Bereichs der Möglichkeit liege, und daß die etwa in Betracht kommende Norddeutsche Hagel-Versicherungsgesellschaft sich wohl schwerlich für die Sache interessieren dürfte. In diesem Zusammenhang wurde vom Vorstand Mitteilung gemacht über die Bemühungen der chemischen Industrie, Mittel zur künstlichen Rauch- und Nebelbildung ausfindig zu machen; es werde voraussichtlich schon im Lauf des Frühjahrs möglich werden, Versuche nach dieser Richtung hin in den verschiedenen Weinbaugebieten anzustellen. Wegen die Absicht, die Weinberggetränkesteuer auch im kommenden Wirtschaftsjahr zu erhöhen, wird der Württ. Weinbauverein nachstehenden Orts zum Ausdruck bringen, daß gegen das Recht zur Erhebung von Gemeindegeldder Steuern über den 31. März 1927 hinaus schärfer Widerpruch erhoben werden müsse. Wegen der Notstandskredite wurde beschlossen, in einer Eingabe an die Zentralstelle für die Landwirtschaft auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die der Hinzueintritt aus den Bankkrediten zur letzten Jahreszeit mit sich bringe. Es möge daher bei der Reichsregierung dahin gewirkt werden, daß die auf den 1. Januar 1927 fälligen Zinsen bis etwa 1. Juli 1927 gestundet werden.

Vom Tage. Beim Auspringen auf einen fahrenden Straßenbahnwagen kam ein 40jähriger Mann von Kallental, Ecke König- und Tübingerstraße, zu Fall und erlitt erhebliche Kopfverletzungen.

Todesfall. Der in weiten Kreisen bekannte Hotelier Heinrich Stapp, früher Pächter der Bürgermuseumswirtschaft und Besitzer des Hotels Silber an der Planie in Stuttgart, zuletzt Inhaber des Parkhotels Silber bei der Villa Berg, ist heute früh plötzlich an den Folgen einer Venenentzündung gestorben.

Zweite höhere Justizdienstprüfung. Infolge der kürzlich vorgenommenen zweiten höheren Justizdienstprüfung sind 24 Referendare zu Gerichtsassessoren bestellt worden.

Verurteilte Kommunisten. Wegen Aufreizung zum Klassenhaß wurden gestern vom Großen Schöffengericht Stuttgart 2 Cannstatter der Redaktion der „Südd. Arbeiter-

zeitung“, Mag Hammer, zu 4, zwei weitere Angeklagte der R. S. zu 3½ und ein Angeklagter zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein weiterer Angeklagter wurde freigesprochen.

*

Zuffenhäuser, 9. Febr. Autounfall. Am letzten Sonntag gegen 8½ Uhr überholte ein von Müdingen kommendes, mit 3 Personen besetztes Auto beim Reuwwirtshaus in rasender Fahrt ein anderes Auto. Als der Führer wieder nach rechts steuerte, verlor er anscheinend die Herrschaft über den Wagen, der sich auf der angrenzenden Biele überschlug und seine Insassen aus Cannstatt unter sich begrub. Die Insassen des zweiten Autos nahmen sich der scheinbar nicht Schmerzerleitenden an und veranlaßten die Herbeiführung des zuständigen Landjägerbeamten, der die Ueberführung ins Cannstatter Krankenhaus leitete. Die Schuldfrage wird untersucht.

Künzelsau, 9. Febr. Hohenl. Bezugs- und Ab-saggenossenschaft. Die Bilanz der Hohenloheschen Bezugs- und Ab-saggenossenschaft Künzelsau weist einen Bar-lust von 24 000 Mark im letzten Geschäftsjahr auf. Die Aufwertungen aus den Anleihen sind beibehalten und sichergestellt, werden geleglich verzinst und können nach Ablauf der geleglichen Sperrfrist bis 1932 abgehoben werden. Die Vollversammlung hat einstimmig beschlossen, neben der Ver-lustdeckung die Vermögenswerte der Genossenschaft so in die Bilanz ein-stellen, daß sie vom Geschäftsbetrieb gut getragen werden können, desgleichen an die Genossenschafts-mitglieder heranzutreten, ihrem Geschäftsbetrieb durch Ein-zahlung weiterer 100 Mark auf den Geschäftsanteil das nötige Betriebskapital zur Verfügung zu stellen. An Geschäftsanteilen sind in den letzten Monaten über 40 000 RM. einbezahlt worden.

Urach, 9. Febr. 70. Geburtstag. Professor a. D. Paul Hirtzel begeht am 10. Februar seinen 70. Geburts-tag. Nach einer zweijährigen Tätigkeit am Gymnasium in Tübingen kam er mit 32 Jahren an das Uracher Seminar, wo er bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 1921 verblieb.

Urach, 9. Febr. Schneeverwehungen. Infolge starken Schneefalls und Schneeverwehungen können die Kraftfahrlinien Urach—Donnstetten—Laihingen, Laihingen—Müdingen und Laihingen—Oberlenningen vorerst nicht mehr befahren werden.

Saulgau, 9. Febr. Neue Autolinien im Be-zirk Saulgau. Die Vorarbeiten zur Einrichtung eini-ger Autoverbindungen sind nun so weit gediehen, daß mit Probefahrten in die einzelnen Gemeinden begonnen werden kann, um die Straßenverhältnisse zu untersuchen und an Ort und Stelle Fahrplanwünsche festzustellen. Gedacht ist an eine Verbindung Saulgau—Mengen—Öbge, Saul-gau—Allmannsweiler—Reichenbach und ebenso in den südlichen Teil des Bezirks.

Treffelhausen O. A. Gelsingen, 9. Febr. Todesfall. Gelsinger vormittag starb hier Schultheiß Geiger im Alter von 50 Jahren.

Ulm, 9. Febr. Von der Ulmer Presse. Der Ver-lag des „Ulmer Tagblatts“ und der des „Ulmer General-anzeigers“ sind übereingekommen, daß von jetzt an der „Ulmer Generalanzeiger“ aus technischen und wirtschaftlichen Gründen in der 3. Eberschen Buchdruckerei hergestellt wird. Die Ausgabezeit des „Ulmer Tagblatts“ bleibt dieselbe wie bisher, die des „Generalanzeigers“ wird künftig auf den Abend verlegt. Im übrigen werden beide Betriebe wie bisher vollständig getrennt geführt, ebenso bleibt mit der alten Redaktion auch die neutrale Richtung des „Ulmer Generalanzeigers“ unverändert.

Tetzleng, 9. Febr. Kein Bierpreisaufschlag. Die vom Verband der Wirte und der Brauereien Ober-schwabens für den 7. Februar angekündigte Erhöhung der Bierpreise ist hier nicht vorgenommen worden.

Aus Bayern, 9. Febr. Eine Teufelaustreibung im 20. Jahrhundert. Wie aus Peieraurach gemeldet wird, hatte der Mann einer geisteschwachen Frau den Glaubensgenossen einer Sekte von Schwabach kommen lassen, den er befragte, wie seiner Frau zu helfen sei. Der Befragte meinte, die Leidende sei vom Teufel besessen, der ausgetrieben werden müsse. Nach den erhaltenen Rai-schlägen stellte der Ehemann ein Schöpf-Bassin ins Boh-rzimmer und schlug mit einem Stod kräftig auf seine Frau ein, um dadurch den Teufel auszutreiben und ihn ins Wasser zu jagen. Die Frau wurde durch die Mißhandlung in die

„Hatte, den grünen Tourenwagen an, hattet den grünen Tourenwagen an!“

Jetzt lüchelte sich auch der Morgennebel, die Sonne schien über Oslo und bligte festlich auf den Dächern. Es schien ein schöner Tag zu werden.

Und neben dem Chauffeur saß Jens und baumelte mit den Beinen und piff: „Nuß i denn, muß i denn zum Städtle hinaus.“ Er hatte drei Nächte nicht geschlafen, aber er sehnte sich doch bereits nach neuen Abenteuern mit Absjörn Krag.

Bereits am nächsten Tage begannen die Untersuchungs-verhandlungen gegen die beiden Verhafteten aus der Bande der Spinne. Die Polizei sammelte ein großes Material gegen sie, und es war zweifellos, daß sie viele Jahre Zuchthaus bekommen und daraus an Deutschland ausgeliefert werden würden, daß auch ein oder einige Hähnchen mit ihnen zu rupfen hatte.

Es zeigte sich, daß die Spinne gar nicht gewagt hatte, in ihre Wohnung zurückzukehren, als sie in dem Touren-wagen flüchtete. In wahnwitziger Fahrt war es über die Landstraßen gegangen, und als die Telegraphenämter des Morgens geöffnet wurden, war Valentine über alle Berge gewesen.

Sie erreichte den Nachzug, der nach Schweden ging, wagte aber nicht weiter als bis Gothenburg zu fahren, wo sie und ihr treuer Begleiter sich Hals über Kopf an Bord eines Hamburger Dampfers begaben, der zufällig zur Abfahrt bereit lag.

Bei der Nachforschung, die Absjörn Krag später vor-nahm, konnte er ihre Touren bis nach Berlin verfolgen.

Hier tauchte Valentine Kempel unter.

herten Toten nach einem von Orte auf dem Lande zu bringen, während sie das Spiel gewonnen haben. Glücklicherweise war die Sache hintertrieben worden, wenn auch im letzten Augenblick.

Die Frau war i r unglücklich, und Krag hatte den bestimmten Eindruck, daß sie ohne Schuld war und im guten Glauben gehandelt habe.

Graue Morgendämmerung stieg jetzt über Oslo herauf. Es war mittlerweile fünf Uhr geworden. Die Nacht war reich an Ereignissen gewesen; während der wenigen Stunden nach elf Uhr hatten die Auftritte wie in einem Kaleidostop gewechselt: das Fest im Hotel, die spannende Begegnung zwischen Valentine und Absjörn Krag in der Wohnung der Spinne, Krag's Sieg, der Kampf in Adas Zimmer. Darauf hatte die Szene gewechselt. Krag war für eine Weile außer Gesicht gesetzt, und es hatte den Anschein, als ob die Spinne den Sieg davontragen würde. Wieder aber veränderte sich das Bild: Krag's überraschender Streich gegen den Mann im Chauffeurmantel und sein Ausstehen auf dem Schauplatz in dem Augenblick, als Valentine schon glaubte, den Händen der Polizei die Früchte des Sieges entreißen zu können. Und zum Schluß: Valentines Flucht.

Um halb sechs Uhr fuhren drei Autos durch die Straßen. In dem ersten saßen Ada, Falkenberg und Absjörn Krag, im zweiten die Polizeibeamten, in dem letzten lag der „Bruder“, der schwarzbärtige Gauner, mit gebundenen Händen und Füßen.

Au dem Bod des Wagens saß Jens, der ehemalige Gefängnis-kandidat, Krag's Verste.

Der Junge war mit der Nacht zufrieden. Allerdings befand die Spinne sich noch immer auf freiem Fuß, aber sie war doch gründlich geschlagen und die Deute war ihr entziffen.

Sie hatte aus Oslo fliehen müssen.

Und jetzt tickte der Telegraph durchs ganze Land:

Ende.

größte Aufregung verfeht und erlitt einen Schlaganfall, dem sie erlag. Ueber den ungewöhnlichen Vorfall wurde Untersuchung eingeleitet.

Baden

Karlsruhe, 9. Febr. Kirchenrat Rohde in Karlsruhe, der zu den sechs von der Kirchenregierung ernannten Abgeordneten der Landesynode gehört, hat, wie verlautet, dieses Mandat zurückgegeben. Er begründet seinen Rücktritt damit, daß er nach seiner Ernennung zum Mitglied der Synode aus dem Volkskirchenbund ausgeschlossen worden ist. Kirchenrat Rohde war der Gründer des Volkskirchenbundes; dieser hat aber im Lauf der letzten Jahre eine ganz andere als die von seinem Gründer beabsichtigte Entwicklung genommen.

Wörzheim, 9. Febr. Die Wörzheimer städtische 6-Millionen-Anleihe ist untergebracht. Die Preussische Seehandlung hat sich bereit erklärt, die 6proz. Anleihe zu 94,80 zu übernehmen. Dieses Angebot wurde vom Stadtrat angenommen.

Als der 82 J. a. verh. frühere Landwirt Karl Heinrich Schrotz in der Schlachthofstraße seine Wohnung aufsuchen wollte, glitt er auf der Treppe aus und verletzte sich schwer. Man brachte ihn in bewußtlosem Zustand ins städtische Krankenhaus, wo er starb.

Heidelberg, 9. Febr. Der Verein der Feldpolizeibeamten, umfassend die Bezirke Heidelberg-Schwetzingen-Wiesloch hielt am Sonntag hier seine erste ordentliche Hauptversammlung ab.

Rauenberg bei Wiesloch, 9. Febr. Im Angelbach bei der Binkelschen Mühle wurde die Leiche der 55jährigen Frau Luise Bletter aufgefunden. Ob es sich um einen Unglücksfall oder freiwilligen Tod infolge Schwermut, was höchst wahrscheinlich ist, handelt, konnte noch nicht ermittelt werden.

Freiburg, 9. Febr. Die Verhandlungen wegen der Herstellung einer Autofähre Freiburg — Münsingen — Wiesener Eck — Schönau haben dazu geführt, daß man die Rentabilität eingehend prüfte. Die daran interessierten Gemeinden, vorab Freiburg, erhoffen die baldige Zustimmung der Postverwaltung. Man will vorläufig einen Samstag- und Sonntagverkehr einrichten, um je nach Bedürfnis zur täglichen Führung überzugehen.

An der Abtragung des 85 Meter langen Raosennatunnels wird emsig gearbeitet. Der Bau der neuen verklärten Raosennatunnel wird fortgesetzt, sobald die Bitterung es erlaubt; sie soll Ende 1927 fertiggestellt sein. Da dann schwere Lokomotiven verwendet werden können, wird eine größere Zuggeschwindigkeit und damit eine Verkürzung der Reisezeit erzielt werden.

Soziales

Wildbad, 10. Februar.

Steuerabzug vom Arbeitslohn und Lohnsteuererstattung. Das Reichsfinanzministerium weist auf folgendes hin:

1. Arbeitnehmer, die wegen Verdienstauffalls oder wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse einen Antrag auf Erstattung von Lohnsteuer stellen können, müssen dies bis zum 31. März 1927 bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk sie am 31. Dez. 1926 ihren Wohnsitz gehabt haben, tun. Fristversäumnis hat Ablehnung des Erstattungsantrags zur Folge. Die Einzelheiten ergeben sich aus einem Merkblatt, das ebenso wie Vorbrücke zu Erstattungsanträgen, die auf Verdienstauffall gestützt werden, bei den Finanzämtern unentgeltlich erhältlich ist.

2. Arbeitgeber, die im Kalenderjahr 1926 die Lohnsteuer ihrer Arbeitnehmer in bar oder durch Ueberweisung an das Reich abgeführt haben, müssen bis zum 31. Jan. 1927 dem Finanzamt, an das die Lohnsteuer abgeführt worden ist, Ueberweisungsblätter, Nachweisungen und Zusammenstellungen nach vorgeschriebenen Mustern, die bei den Finanzämtern unentgeltlich erhältlich sind, einreichen.

3. Arbeitnehmer, für die im Kalenderjahr 1926 Steuermarken verwendet worden sind, sind verpflichtet, ihre Steuermarken für 1926 mit den mit Marken besetzten Einlagebogen bis zum 31. Januar 1927 bei dem Finanzamt abzuliefern, in dessen Bezirk sie am 31. Dezember 1926 gewohnt haben.

Gemeinderatsitzung am 9. Februar 1927.

Anwesend: der Vorsitzende, Stadtschultheiß Bägner, und 13 Gemeinderäte.

Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt: Einführung des 8. Schuljahrs in der Volksschule. Der Vorsitzende verliest die Anträge der evang. und katholischen Ortschulräte, sowie die Entschlüsse des Gewerbevereins und der am 2. Dezember 1926 zu einer Versammlung im Volksschulgebäude versammelten Eltern, außerdem macht der Vorsitzende bekannt, daß durch das Gesetz vom 1. Dez. 1920 die Gemeinden verpflichtet sind, bis spätestens zum Schuljahr 1928 das 8. Schuljahr einzuführen.

G.-R. Hauptlehrer Pfau spricht an Hand von Beispielen über die Vorteile, welche durch die Einführung des 8. Schuljahrs für Erzieher, wie für die Jugend selbst geboten werden. — Auch G.-R. Huzel begrüßt die Einführung des 8. Schuljahrs, da die Schulung das Rüstzeug für das kommende Leben ist.

G.-R. Bollmer stellt den Antrag, zu beschließen, daß wir für Wildbad einen Gewerbeschullehrer erhalten. Der Stadtvorstand befürwortet den Antrag und erklärt, daß bereits Schritte in dieser Angelegenheit unternommen wurden, sodaß es bald spruchreif werde.

Der Antrag auf Einführung des 8. Schuljahrs wird einstimmig angenommen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Beschwerde des Mietervereins und des Gewerkschaftsartells gegen die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft teilt der Vorsitzende mit, daß die Regierung das Schreiben an das Oberamt weitergeleitet hat mit der Bemerkung, daß das Gesetz über Mieterchutz und gefällige Miete nicht aufgehoben ist. Das Oberamt bittet um Berichterstattung über den nunmehrigen Gemeinderatsbeschluss. Der Stadtvorstand erwähnte noch, daß er mit wenig Ausnahmen nicht nur von Vermietern, sondern auch von Mietern befriedigende Äußerungen über die Aufhebung der Zwangs-

wirtschaft gehört habe, und bittet, der Beschwerde keine weitere Beachtung beizulegen, da ja die größte Fürsorge für Neubauten getroffen würde.

G.-R. Huzel legt in längeren Ausführungen, die öfters unterbrochen wurden, seine Ansicht dahin dar, daß die Wohnungszwangswirtschaft nicht aufgehoben werden dürfe, da allein für das frühere Schwarzwaldbotel 30 Familien vorgezogen waren, dagegen nur ca. 10 Familien unterkommen konnten. Wie für einen Baum nur gesunde Lebensmöglichkeit geschaffen wäre, wenn er sich frei entfalten wolle, ebenso sei es mit dem Menschen, welcher in engen Räumlichkeiten nicht nur körperlich, sondern auch seelisch krank würde. Ewiger Haß und ewige Feindschaft zwischen Hausbesitzern und Mietern wären die Folgen.

G.-R. Popp wirft Herrn Huzel Einseitigkeiten vor, denn die Feindschaft zwischen Hausbesitzern und Mietern sei nur durch die Wohnungszwangswirtschaft entstanden und solange die Zwangswirtschaft bestehe, baue auch niemand. — G.-R. Stephan teilt ebenfalls die Ansicht, daß die Zwangswirtschaft ein Mißgriff war, welcher unbedingt beseitigt werden müsse, denn auf die Straße gesetzt würde niemand.

Demgegenüber erklärte G.-R. Huzel, daß in Wildbad schon 20 Rindigungen erfolgt seien infolge der Aufhebung der Zwangswirtschaft, und führte an, daß wir in Deutschland 1 1/2 Millionen Wohnungen zu wenig hätten, davon Preußen allein 1 Million. Im übrigen meine er, daß die Wildbader Mieter gegen die Anfeindungen durch die Hausbesitzer noch Lämmer wären.

Bei der Abstimmung stimmten 10 gegen 3 Gemeinderäte für die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft und für den Bericht an das Oberamt, daß sich durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft keine nachteiligen Folgen ergeben hätten und von einer größeren Wohnungsnot nicht mehr gesprochen werden könne.

Die Badverwaltung teilt der Stadtgemeinde mit, daß sie nicht, wie mitgeteilt, 17 000 RM. für Werbezwecke ausgegeben habe, sondern 26 000 RM. u. a. allein anlässlich der Düsselbacher Ausstellung 9000 RM. Also wurden insgesamt von der Stadt und von der Badverwaltung 43 500 RM. für Werbezwecke ausgegeben. — Der Stadtvorstand spricht der Badverwaltung im Namen der Stadt den Dank dafür aus und verliest anschließend daran eine Mitteilung der amerikanischen Verkehrszentrale, daß Wildbad auch in das Tourenprogramm mit eingeschlossen würde.

Dem Arbeitersportverein wird auf Antrag zu seinem am 14. und 15. Mai hier stattfindenden Sportfest die kostenlose Ueberlassung der Turn- und Festhalle, sowie des Sport- und Festplatzes zugesichert und die Gewährung eines Kostenbeitrages von 150 RM. beschlossen. Die städtischen Sport- und Turngeräte werden ebenfalls zur Verfügung gestellt.

Der Elektromotor der Kühlanlage im Schlachthaus ist schon 20 Jahre lang im Gebrauch. Die Reparaturkosten würden sich auf 250—280 M. belaufen, weshalb beschlossen wurde, einen neuen 6 P.-S.-Motor, welcher anstatt 550 M. bei Barzahlung nur 460 M. kostet, bei den Motorenwerken in Mannheim zu bestellen.

Durch einen Vertreter der Firma Siemens & Halske wurde die Wiederrichtung ordnungsgemäß durchgeführt. Eine Erneuerung der Batterie zu den Kosten von 139,55 M. ist notwendig geworden. Um die Sicherheit der Wiederrichtung zu gewährleisten, wurde dem Antrag auf Erneuerung zugestimmt.

Einige kleinere Angelegenheiten wurden teils genehmigt, teils zurückstellend behandelt.

Briefauffchrift. Die Postordnung schreibt vor, daß die Aufschrift der Geschäftspapiere die Bezeichnung „Geschäftspapiere“, die Aufschrift der Warenproben die Bezeichnung „Warenproben“ oder „Proben“ oder „Muster“ und die Aufschrift der Mischsendungen die Bezeichnung „Mischsendungen“ enthalten muß. Um die Anzutraglichkeiten zu vermeiden, die sich aus dem Fehlen dieser Bezeichnungen für Absender und Empfänger ergeben können, wird dringend empfohlen, die Sendungen in jedem Fall in der vorgeschriebenen Weise zu kennzeichnen.

Ohne Wohnungsamt. In der „Württ. Gemeindezeitung“ vom 15. Dez. v. J. berichtet Stadtschultheiß Konrad in Laupheim über die recht günstigen Erfahrungen, die die Stadt Laupheim mit der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft ab 1. August v. J. gemacht hat. Bei einer Einwohnerzahl von nicht ganz 6000 hatte die Stadt Laupheim etwas über 100 Wohnungsuchende. Der Laupheimer Stadtvorstand hebt hervor, daß die Regelung des Wohnungsmarktes jetzt viel besser, rascher und reibungsloser vor sich gehe als vorher. Ab und zu komme es ja vor, daß ein Hausbesitzer, der das Geld nicht sehr notwendig brauche, eine freierwerbende Wohnung nicht mehr vermiete. Solche Herren können aber dann mit Sicherheit darauf rechnen, daß z. B. Steuerfahndungsgeluche und dergl. rasch und zuverlässig abgelehnt werden. Die Aufhebung des Wohnungsamts erziehe aber auch die Mieter wieder zur Selbsthilfe und bringe ihnen zum Bewußtsein, daß die Behörden nicht dazu da seien, in allen Dingen des täglichen Lebens Hebammediens für den einzelnen Staatsbürger zu leisten. Stadtschultheiß Konrad empfiehlt, daß noch viele Gemeinden die Aufhebung der Bestimmungen des Wohnungsmangelgesetzes herbeiführen möchten, um allgemein wieder gesündere Verhältnisse zu schaffen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Denkmal eines deutschen Lebensretters im Weißen Haus. Wie die W. J. meldet, wurde im Weißen Haus in Washington, dem Sitz des Präsidenten, eine Büste des Deutschen Fritz Steger, des Sohns eines Landwirts in Sonnenberg bei Wiesbaden, aufgestellt. Steger hatte von dem in Seenoß geratene britischen Dampfer „Antinoe“ im Januar vorigen Jahres allein 17 Personen gerettet, hatte aber dabei selbst den Tod in den Wellen gefunden. Das amerikanische Konsulat in Frankfurt a. M. hat jetzt den Eltern die Denkmünze der Mannschaft des amerikanischen Dampfers „Präsident Roosevelt“ überreicht, auf dem Steger Matrose war und der damals zur Rettung herbeigeeilt war.

Die diesjährige Tagung der Deutschen Landwirtschafts-

gesellschaft wird in Magdeburg abgehalten. Die Wanderausstellung findet bekanntlich in Dortmund statt.

Volksstrahlenfest. Der Landesverband Berlin der Deutschnationalen Volkspartei veranstaltete am 9. Februar in den Sälen des Zoologischen Garten ein Deutsches Volksstrahlenfest mit Volkskänzen usw. Frads und sogenannte Gesellschaftstollete waren ausgeschlossen.

Ruhendes Erbgold. Dänische Blätter veröffentlichen folgende Erbschaftsgeschichte: Zu Anfang des vorigen Jahrhunderts hinterließ ein deutscher Kapitän mit Namen Mannfeldt, der für eine englische Gesellschaft fuhr und seinen Wohnsitz auf Ceylon hatte, ein Vermögen von 300 000 Mark. Dieses Geld wurde nach seiner testamentarischen Verfügung 1811 in die Filiale der Bank von England in Colombo auf Ceylon hinterlegt, mit der Bestimmung, es erst nach hundert Jahren an seine Erben auszugeben. 1911 war das Vermögen mit den Zinsen auf etwa 9 Millionen Mark angewachsen. Die Bank von England bemühte sich nun, die Erben des Geldes ausfindig zu machen. Große Anzeigen erschienen, um die Millionen an den Mann zu bringen, ohne daß dies zunächst gelang. In Sonderburg las ein Herr Kasmussen vor einiger Zeit in einer englischen Zeitung von dem Geld, das auf seine Besizer wartete. Er untersuchte seinen Stammbaum und entdeckte, daß der alte Mannfeldt sein Urgroßvater war. Mit Hilfe der Behörden gelang es dann, insgesamt 18 Erben für die 9 Millionen Mark aufzuspüren. Teilweise leben sie in Deutschland, teilweise in Dänemark. Auf jeden der Erben werden etwa 500 000 Mark entfallen.

Feuer im Kronprinzenpalais. Am Dienstag mittag geriet im Kronprinzenpalais Unter den Linden im zweiten Stock des linken Seitenflügels, der zurzeit zur Ausstellung von Gemälden usw. dient, der Fußboden mit der Wandbekleidung und dem Zwischengehäk in Brand, der von der Feuerwehr gelöscht wurde. Das Feuer war durch die Heizung entstanden.

Mühlenbrand. In der Pflücker-Mühle in der Nähe des Hofbräuhauses in München brach ein Brand aus, der den 25 Meter langen Dachstuhl vollkommen einäscherte. Aus einer auf dem Boden befindlichen Maschine waren Funken herausgeschlagen, die in die Mehlstaublampe gelangten und sofort zündeten. Große Mengen Mehl wurden vernichtet. Infolge Brandstiftung sind auf dem städtischen Kieselgut Münchehofe bei Berlin zwei große Speicher mit 2000 Zentnern Getreide niedergebrannt.

Erwischter Kirchenräuber. In Kinderbeuren bei Trier drang während des Hochamts ein 23jähriger Bursche in das Pfarrhaus ein und raubte dort eine goldene Monstranz, einen Kelch und einen größeren Gelbbetrag. Infolge des festgeschlagenen Schnees gelang es die Spur des Diebes zu verfolgen und ihn in einem Weinberg zu stellen. Das gestohlene Gut hatte er noch bei sich.

Betrug durch gefälschte Frachtbrieve. In Elberfeld wurden zwei Kaufleute aus Düsseldorf wegen eines an einem belgischen Kaufmann verübten Betrugs verhaftet. Sie hatten zusammen mit einem dritten Düsseldorfser mit dem Belgier einen Vertrag auf Lieferung von 40 000 Tonnen Kohle abgeschlossen und ihn mit Hilfe gefälschter Frachtbrieve um annähernd 500 000 belgische Franken betrogen.

Wildernde Hunde im Schafpferd. Im Hedwigentloog (Norderdithmarschen) wurde ein Anzahl Schafe von wildernden Hunden zerrissen. 40 Schafe mußten geschlachtet werden.

Lehrerstreik in Antwerpen. In Antwerpen sind die Lehrer in einen einständigen Streik getreten, weil die Gehälter stets zu spät ausgezahlt werden und überhaupt zu nieder seien.

Fasching und Studium. Der Rektor der englischen Universität Birmingham beklagt in einem Bericht an den Senat, der Fasching übe auf den Verneiner der Studenten einen zerstörenden Einfluß aus. Wenn vier Wochen dem Fasching gewidmet werden, müsse man ernstlich erwägen, die Semestereinteilung zu ändern und die Ferien auf die Faschingszeit zu verlegen.

Englischer Fliegerunfall. Beim Abfliegen zweier Flugzeuge von einem Mutterschiff in Gibraltar stießen die Flugzeuge zusammen. Drei Matrosen wurden schwer verletzt.

An der Grippe sind in Großbritannien (ohne Irland) in voriger Woche 818 Personen gestorben.

Der älteste Amerikaner ist in Florida im Alter von 122 Jahren gestorben.

Geschmacklose Reklame. Auf dem Friedhof in Long Island (Neu-York) liest man auf einem Grabstein die Inschrift: „Unter diesem Stein schläft Annie Watkins. Sie starb elend, nachdem sie ihre Schönheit verloren hatte. Sie würde sie aber heute noch besitzen, wenn sie jeden Abend die Seifencreme von Cartou u. Sohn benutzt hätte.“ Eine andere Inschrift lautet: „Hier ruht eines Tags John Barnestan von der Firma Barnestan u. Chapla ruhen, der bekannten Drogenhandlung, die er heute noch in voller Lebenskraft leitet.“

Mein Mann will alles mit

Feinkostmargarine

Blauband

fischgekörnt

gekocht haben

1/2 Pfund 50 Pfg.

Ehrengeschenke des Mikados für Vosschaffer Coss.
Nach einer Blättermeldung hat der Kaiser von Japan dem deutschen Vosschaffer Dr. Coss, dem Vorgesetzten des diplomatischen Korps, am Tag vor dem Begräbnis des verstorbenen Kaisers zwei kostbare Vasen mit den kaiserlichen Wappen zum Geschenk gemacht.

ep. Betrogene Auswanderer. Es ist eine alltägliche Erscheinung in den Hafenstädten, daß sich die ankommenden Auswanderer in dem so fremden Großstadtgetriebe nicht zu helfen wissen. Diesen wird häufig Unterkunft verschafft und Kost erteilt von Menschen, die solche Auswanderer als günstige Opfer zur Ausbeutung ansehen. Erst wenn ihnen die Augen aufgehen, kommen diese Betrogenen zu den Auswanderermissionen in Hamburg, Berlin, Leipzig, oder Bremen, Georgstr. 22, denen sie sich besser gleich bei ihrer Ankunft anvertraut hätten. Diese Fürsorgestellen betreiben die Auswanderer während des Aufenthalts in der Hafenstadt und weiter auf dem ganzen Reisewege. Um sich vor dem Entschluß zur Auswanderung sachverständig beraten zu lassen, wendet man sich bekanntlich an das gemeinnützige Deutsche Auslands-Institut in Stuttgart.

Sport

Isny, 9. Febr. Einweihung der Isnyer Schilbütte. Am letzten Sonntag konnte der Wintersportverein Isny auf der Kugel seine neue Schilbütte einweihen. Die Hütte liegt 1300 Meter hoch und bietet allen Wanderern sowohl im Winter als im Sommer behagliche, wenn auch bescheidene Unterkunft. Sie soll ständig geöffnet bleiben.

Was das Bogen einbringt. Der Boger Paul Berlenbach kann sich ins Privatleben zurückziehen, nachdem ihm die Borkunst nach seiner eigenen Angabe ein Vermögen von 250 000 Dollar eingebracht hat.

Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs, 9. Febr. 4.2145 G., 4.2245 B.
Kriegsanleihe 0.890.
100 Reichsmark gleich 603 franz. Franken.
Reichsbankdiskont 5. Lombard 7. Privatdiskont 4.12 v. H.
Berliner Geldmarkt, Febr. Tägt. Geld 4.75—6. Monatsgeld 5.50—6.50. Warenwechsel 4.375 v. H.

Postverkehrsverträge in Württemberg im Januar 1927. Zahl der Postverkehrsverträge Ende Januar 36 190, gegen Dezember mehr 231. Von dem Umlauf (447 Millionen RM.) sind 356 Millionen RM. bargeldlos beglichen worden.

Internationaler Giroverkehr. Außer mit den Notenbanken Österreichs, Ungarns, der Tschechoslowakei, der Schweiz und der Freien Stadt Danzig hat die Reichsbank auch mit der Niederländischen Bank in Amsterdam, mit der Norwegischen Bank in Oslo und mit der Schwedischen Reichsbank in Stockholm Abkommen getroffen, durch die der Auslands Giroverkehr Deutschlands auf Holland, Norwegen und Schweden ausgedehnt wird. Der genaue Zeitpunkt für die Aufnahme des Verkehrs nach Holland, Norwegen und Schweden wird noch bekanntgegeben werden.

Der deutsch-holländische Handelsverkehr. Im Jahr 1926 ist die Einfuhr aus Holland nach Deutschland dem Wert nach gegenüber dem Vorjahr erheblich zurückgegangen, während die deutsche Ausfuhr nach Holland beträchtlich gestiegen ist. Aus Holland wurden Waren eingeführt 1925 für 787.92 Millionen Mark, 1926 für 640 Millionen. Aus Deutschland wurden dagegen Waren nach Holland ausgeführt 1925 für 997.24 Millionen, 1926 für 1122.24 Millionen. Es ist zu bemerken, daß in dieser Ein- und Ausfuhr auch die Waren enthalten sind, die durch Holland nach oder aus anderen Ländern durchgehen.

Auflösung der lateinischen Münzunion. Der Schweizerische Bundesrat hat beschlossen, daß die belgischen, französischen, griechischen und italienischen Goldmünzen vom 1. April 1927 an in der Schweiz keine gesetzliche Zahlungsmittel mehr haben. Die fremden Silbermünzen waren schon vor einiger Zeit abgelehnt worden. Damit ist nun die lateinische Münzunion vom 23. Dezember 1865 völlig aufgehoben.

Die Sparanlagen bei den Sparkassen des Deutschen Reichs haben im Monat Dezember die Dreimilliarden-Grenze überschritten. Ende Dezember stellte sich der Sparanlagenbestand auf 3 090 515 000 Reichsmark. Im Giro-, Scheck- und Kontokorrentverkehr belief sich der Guthabensbestand am Monatsende auf 1 119 130 000 RM. (im Vormonat 1 123 602 000 RM.), der Schuldenbestand auf 1 463 777 000 (1 482 247 000) RM. — In Württemberg sind die Einlagen von 129 954 Millionen Ende November auf 136 720 Millionen gestiegen, in Baden von 140 576 auf 146 953 Mill. Im Scheck- und Giroverkehr hat sich Ende Dezember ein Guthabensbestand von 137 339 Mill. für Württemberg und von 34 240 Mill. für Baden herausgestellt, während die Schulden sich auf 83 091 bzw. 45 580 Mill. belaufen.

Beschränkung der Arbeitszeit in Ostwerken usw. Das Reichskabinett hat einer Vorlage des Reichsarbeitsministers zugestimmt, wonach für gewisse Arbeitergruppen in den Ostwerken, in Metallhütten und in der Glasindustrie die Arbeitszeit auf 8 Stunden beschränkt wird.

Preisrückgang für Spiritus. Die Reichsmonopolverwaltung hat den Preis für Metalls-Spiritum um 4.50 Mk. erhöht in der Weise, daß der bisherige Abzug entsprechend herabgesetzt wird.

Bräuereiarbeit? Das „Neue Wiener Journal“ will wissen, die Berliner Großbrauerei Schultheiß-Pagenhofer sei mit verschiedenen Großbrauereien in Mitteleuropa, auch in Österreich und Böhmen, wegen Bildung eines mitteleuropäischen Bräuereiarbeitskartells in Verbindung getreten.

Zusammenschluß im Getreidehandel. Die Verwaltungen der Getreide-, Industrie- und Handelsbankgesellschaft Berlin und der Getreidekommission A.G. Düsseldorf haben beschlossen, ihren demnächst stattfindenden Generalversammlungen den Zusammenschluß der beiden Unternehmungen vorzuschlagen.

Ausperrung in der sächsischen Metallindustrie. Wegen des Streiks in verschiedenen Betrieben der Metallindustrie im Bezirk Leipzig haben die Verbände sächsischer Metallindustrieller beschlossen, auf 14. Februar alle Metallarbeiter in Sachsen, etwa 120 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, auszusperrn, sofern der Metallarbeiterverband die Kampfmaßnahmen nicht rechtzeitig zurücknimmt.

In der niederländischen Textilindustrie steht ein Lohnkampf bevor, nachdem die Arbeitgeber und die Arbeiterverbände den Schiedsspruch der Schlichterkammer, der eine Lohnrückgang von 6 v. H. vorschlug, abgelehnt haben.

Schadenerschuldung an Rumänien. Die Direktion der Internationalen Schifffahrtsgesellschaft in Brüssel will von der rumänischen Regierung 5 Millionen Franken Schadenersatz verlangen für die Sperr- und Schiffsverluste der Gesellschaft, die bei den zahlreichen Eisenbahnunfällen in Rumänien zerstört oder beschädigt worden sind.

Das Kraftwerk am Dnjepr. Die russische Regierung hatte die deutsche Firma Siemens-Bau-Union und Co. Cooper (Amerika) eingeladen, Pläne für ein Kraftwerk am Dnjepr auszuarbeiten, das das größte in Europa werden soll. Die Pläne wurden fertiggestellt, die Regierung will nun aber den Bau selbst ausführen, weil die beiden Firmen Bedingungen bezüglich der Arbeitsordnung stellten, die in Sowjetrußland ungewöhnlich sind. Die Roskauer Regierung hat indessen bei dem Kraftwerk in Petersburg (Leningrad) und dem in Tiflis, die sie durch russische Ingenieure bauen ließ, bereits sehr schlimme Erfahrungen gemacht. Bei beiden wurde der Kostenvoranschlag um mehr als das Dreifache, die Bauzeit um das Doppelte überschritten. Siemens hatte seinen Plan für das Dnjeprwerk mit 100 Millionen, Cooper mit 128 Millionen Rubel veranschlagt.

Markte

Heilbronn, 9. Febr. Schlachtoedmarkt. Zufuhr: 49 Jungrinder, 7 Kühe, 65 Kälber, 150 Schweine. Erlös aus je 1 Stk. Lebendgewicht: Jungrinder 1. 56—58, 2. 50—53, Kühe 1. 28—36, 2. 21—26, Kälber 1. 78—80, 2. 71—75, Schweine 1. 74—76, 2. 70 bis 73. Marktverlauf: alles geräumt.

Schweinepreise. Böhlermann: Milchschweine 27—40. Ellwangen: Milchschweine 28—30, Käser 30—40. Sechingen: Milchschweine 25—35. Niederstetten: Milchschweine 25—30. K. d. St.

Leonberg, 9. Febr. Pferdemarkt. Dem gestrigen Pferdemarkt waren ungefähr 1200 Pferde zugeführt. Der Markt verlief zuerst ziemlich stöckend, entsprechend der ganzen wirtschaftlichen Lage, in den Nachmittagsstunden wurde jedoch sehr lebhaft gehandelt. Der Verein zur Förderung der Pferdezucht hielt für die Pferde seiner Mitglieder Prämierungen ab. Für Zugpferde hörte man Preise von 300—1400 Mk. Schlachtpferde galten 70 bis 150 Mk.

Holzpreisen, O.A. Neuffingen, 9. Febr. Sohe Güterpreise. Bei einem Güterverkauf, der in der letzten Woche hier stattfand, wurde für ein Acker in rauher Lage 22 Mk., in mittelguter Lage 65—75 Mk. und in guter Lage bis zu 117 Mk. bezahlt. Diese übermäßig hohen Preise, die sich teilweise über den Ertragswert stellen, dürften hauptsächlich daher kommen, daß schon längere Zeit keine Gelegenheit zum Kauf von Grundstücken geboten war.

Wetter für Freitag und Samstag

Die Wetterlage wird jetzt von einem Hochdruck im Osten beeinflusst. Für Freitag und Samstag ist zeitweilig heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Wir beginnen morgen mit unserem neuen Roman

Vom Leben gehezt
Derselbe wird allen unseren Lesern glänzend gefallen, denn er ist äußerst spannend von der ersten bis zur letzten Zeile und schildert hier in ergreifenden Szenen den harten Lebenskampf der Trude Rommel.

„Kunstgaben für Schule und Haus“. Herausgegeben von W. Günther-Hamburg, 60 Hefte. Preis pro Heft 20 Pf. (Jedes Heft ist einzeln käuflich.) Verlag von Georg Wigand in Leipzig C 1.

In diesen kleinen, anspruchslosen Heften wird dem deutschen Volk und der deutschen Jugend das Beste dargeboten, was deutsche Kunst jemals geschaffen hat. Albert Dürer, Hans Holbein d. J., C. v. Steinle, W. v. Kaulbach, Konewka, Fährich, M. v. Schwab, Albert Heubach, Schnorr von Carolsfeld u. a. sind in ihnen vertreten, vor allem aber ist Beachtung darauf genommen, die unerschöpfliche Kunst Ludwig Richters zu zeigen, der mit Recht der eigentliche Maler, Künstler und Ausbeuter der deutschen Seele und des deutschen Gemüts genannt wird. Diese bescheidenen und doch so reizvollen Hefchen, die bereits in nahezu einer Million von Exemplaren Verbreitung fanden und die sich von jeher freudigsten Wohlwollens seitens der Schulen und geistlichen Behörden erfreuten, vermögen mit Glück den verschiedensten Zwecken zu dienen. Sie eignen sich vortrefflich beim Anschauungsunterricht. Sie können als reizende kleine Ostergeschenke gelten, sie eignen sich in hervorragender Weise zur Preisverteilung in Sonntagsschulen und sie dürfen zugleich als Tombalageminne überall Freude erregen. Und nicht nur Freude — sie werden auch überall, wohin sie gelangen, fördernd auf die Gesammthaltung der Jugend einwirken. — Die Wiedergabe der Bilder ist eine vortreffliche, und der Preis dieser ansehnlichen Kunstbilderbücher ist so niedrig gestellt, daß jeder sie erwerben und dadurch sich und seinen Kindern etwas bieten kann, was dauernden Wert behält. Denn nicht nur von guten Bildern, sondern auch von guten Bildern geht ein eigener Segen aus.

PHANKO
Pfannkuch
Besonders günstig:
Bayerische
Blut- und Leberwurst
hergestellt aus bayerischem Schlachtoed.
So lange Vorrat
2 Pfund-Dose netto 800 gr Inhalt
Blutwurst 85
Leberwurst 95
Probeverkauf 15 Pfund
Frische **Bollfett-Süß-Büchlinge**
28 Pfund
Eingetroffen: Ein Waggon **Rot-, Weiß- u. Wirsing-Kraut**
12 Pfund
Pfannkuch

Städt. Forstamt Wildbad.
Bergebung des Aufschlages einer Geschirrhütte in der Kohlplatte.
Das Aufschlagen einer Geschirrhütte wird am Dienstag den 15. Februar 1927, vormittags 11 Uhr, schriftlich auf dem städt. Forstamt vergeben. Die Unterlagen werden gegen 10 % Kostenerfolg abgegeben.
Städt. Forstamt.

Beugen Sie der Krankheit vor und schützen Sie sich
VOR
Grippe und Erkältung
durch die ärztlich empfohlenen, vorzüglich bewährten antiseptischen Schutzmittel der Eberhard-Drogerie
Inh.: Apotheker Piappert.

EMAILLESCHILDER
MESSINGSCHILDER
STEMPEL
KISSEN
Stempel aller Art
liefert die
Buchdruckerei
Wildbader
Tagblatt

Grund- und Gebäude-, Gebäude-Entschuldungs- und Gewerbe-Steuer für den Monat Februar 1927 sowie Getränkesteuer für den Monat Januar 1927.
Diese Steuern werden am Freitag, den 11. Januar 1927, vormittags 8—12 Uhr und nachmittags 2—6 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses entgegen genommen.
Für rückständige Steuern werden die gesetzlichen Verzugszinsen berechnet (jährlich 10%).
Wildbad, den 9. Februar 1927. Stadtkasse.

Realschule Wildbad.
Die Aufnahmeprüfung in Klasse I für Schüler aus der 4. oder einer höheren Grundschulklasse findet statt:
Dienstag den 15. Februar
von 8—12 Uhr und 2—4 Uhr
im Klassenzimmer I.
Anmeldungen durch die Erziehungsberechtigten schriftlich oder mündlich unter Vorlage eines Geburtscheins.
Besonders leistungsfähige Kinder aus der 3. Grundschulklasse können zunächst ohne Prüfung auf Probe in Klasse I aufgenommen werden.
Anträge hierzu sofort schriftlich an den Klassenlehrer der Grundschule.
Steuer, Professor.

„U“
Das altbewährte Email-Geschirr Marke „U“ **garantiert** nach wie vor für **größte Haltbarkeit trotz niederen Preisen**
Fabrikanten wie Hausfrauen kaufen daher ihren Bedarf in Email-Geschirr nur im Spezial-Geschäft für Haus- und Küchengeräte
„U“ Paul Schütze
Plorzheim, Metzgerstr. 6
Gebildeter Herr (Selbstinhaber, 40 Jahre alt) **sucht gutes Pensions-(Logier-)Haus zu pachten.** Auch Einheirat sehr angenehm. Zuschriften erbeten unter G. G. 33 an die Tagblattgeschäftsstelle.

Maul- und Klauenseuche.
In dem Gehöft des Martin Kübler, Bauers in Neuweiler O.A. Calw ist die Seuche ausgebrochen.
Die Bezirke Calmbach, Wildbad, Igelloch und Enzklösterle werden hierwegen mit sofortiger Wirkung in den 15 km Umkreis einbezogen. Die oberamtliche Bekanntmachung vom 24. Januar ds. — Enzt. Nr. 18 — wird insoweit geändert.
Neuenbürg, den 9. Febr. 1927.
Oberamt:
stv. Amtmann Dr. Hagmann.

Wintersportverein.
Die Nennungsliste für die Enggauläufe, die bei Herrn Zoebich ausliegt, muß am Freitag um 12 Uhr mittags geschlossen werden. — Die der Schüler am Samstag 4 Uhr. Der Sprunghügel ist von heute ab gesperrt.

Bruchleidende
Eine Erlösung von dauernder Qual ist das berühmte **Spranzband**
(Deutsches Reichspatent)
kein Gummiband, ohne Feder und ohne Schenkelriemen, trotzdem unbedingt zuverlässig für alle Arten von Brüchen. Leiste volle Garantie. Glänzende Zeugnisse, auch Heilerfolge. Billigste Berechnung.
Mein Vertreter ist wieder mit Mustern am Samstag den 12. Februar in Neuenbürg im Gasthof „Bären“ von 1/2 9 bis 1/2 1 Uhr in Wildbad im „Bahnhofshotel“ von 1/2 2 bis 1/2 5 Uhr nachmittags für alle Bruchleidende (auch Frauen und Kinder) kostenlos zu sprechen.
Der Erfinder und alleinige Hersteller:
Hermann Spranz, Unterkochen
Württemberg.
Jhre Hühneraugen beseitigt
LEBEWOHL
DIE PFLASTERBINDE MIT FILZRING
Bechdose (8 Pflaster) 75 Pf., Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschwell. Schachtel (2 Bäder) 50 Pf., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben bei: **Eberhard-Drogerie** (Apotheker K. Piappert).